

Senegal - Wiedergeburt Afrikas?

Richard Gerster

Das westafrikanische Senegal kann demnächst auf 50 Jahre Unabhängigkeit seit 1960 zurückblicken. Senegal hat sich den Ruf eines Landes erworben, das grundlegende Rechte wie die Religions-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit respektiert. Die globalen Nahrungsmittel-, Energie- und Finanzkrisen haben jedoch das Land in seinem Lebensnerv getroffen. Dazu kommen hausgemachte Probleme, allen voran ein alternder Präsident, der nicht neuen Kräften Platz machen will und das Land immer selbstherrlicher regiert. Mit seiner Vision einer Wiedergeburt Afrikas leistet er der Erneuerung einen Bärendienst.

„Senegal hat ein Problem, und das ist der Präsident“, lautet eine auffällige Schlagzeile im Blätterwald. Präsident Me Abdoulaye Wade ist bereits 82 Jahre alt. Bei der letzten Verfassungsreform hat man für den Präsidenten ein Minimalalter, jedoch keine Obergrenze festgelegt. Der Stellungskrieg für die Wahlen von 2012 ist schon ausgebrochen. Zu Besuch in den USA, um eine Unterstützungsvereinbarung für nicht weniger als 540 Millionen Dollar für Strassen- und andere Projekte in den nächsten fünf Jahren zu unterzeichnen, hat der Präsident über den Atlantik im September 2009 auch gleich seine Kandidatur für eine dritte Amtszeit angekündigt. Er ist seit 2000 an der Macht und legt immer autokratischere Züge an den Tag. Die Opposition hat die Wahlen 2007 boykottiert, was zwar zu einer rekordtiefen Wahlbeteiligung von 35 Prozent führte, ihm aber im Parlament freies Spiel erlaubt. An sich beschränkt die Verfassung die Amtszeit auf zwei Mal fünf Jahre. Doch wäre es für ihn kein Problem, im Parlament eine Verfassungsänderung für eine dritte Amtszeit durchzubringen. Bei den Lokalwahlen von 2009 haben die Oppositionsparteien jedoch einen grossen Sieg errungen – ein Warnsignal wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

„Renaissance Africaine“

Die Baustelle ist nicht zu übersehen: Zuerst auf einem Hügel in der Nähe des Flughafens ist eine gigantische Bronze-Skulptur im Werden. Überragt vom Kran und

noch umstellt vom Baugerüst, zeigt sie ein Paar mit ihrem Kind mit dem Blick zum Himmel. Der Mann in der Mitte ist derzeit noch kopflos. Der Urheber des Projekts, Präsident Me Abdoulaye Wade, möchte damit die Wiedergeburt Afrikas („Renaissance Africaine“) darstellen, ein „Afrika, das aus dem Schoß der Erde hervorgeht, die Finsternis hinter sich lässt und dem Licht zustrebt“. Das 50 Meter hohe Monument wurde von einem Architekten Senegals konzipiert und von einem Unternehmen aus Nordkorea erstellt. Nach drei Jahren Bauzeit ist eine Einweihung am 12. Dezember 2009 vorgesehen. Die Wiedergeburt Afrikas sorgte und sorgt immer noch für Gesprächsstoff. Dass die Skulptur den Mann in den Mittelpunkt stellt, die Frau auf ihn ausgerichtet ist und so alle Geschlechter-Stereotypen bestätigt werden, rief feministische Kritikerinnen auf den Plan. Andere halten sie in einem zu 95% islamischen Land für „heidnisch“. Das Monument erinnert an kolossale Statuen aus der sowjetischen Ära, was angesichts der nordkoreanischen Ersteller nicht wirklich verwundert. „Pure Geldverschwendung“, kommentiert mein Taxifahrer kurz und bündig.

Doch vor allem sind die finanziellen Umstände nicht transparent. „Das Monument kostet den Steuerzahler keinen Rappen“, versicherte der Präsident. Vielmehr hat er staatlichen Grundbesitz – 42'000 Quadratmeter – zu einem skandalösen Preis verhökert: Der Erlös belief sich nämlich auf rund 10 Schweizer Franken (€ 7) pro Quadratmeter, obschon der Marktwert des Landes im Umfeld des Flughafens auf das Fünfzig- bis Hundertfache geschätzt wird. Der Landkäufer hat es übernommen, die nordkoreanische Baufirma zu bezahlen. Die Kosten des Monuments werden auf insgesamt 23 Millionen Schweizer Franken (€ 15 Mio.) veranschlagt, so dass dem privaten Landkäufer unter dem Strich immer noch ein satter Millionengewinn bleibt. Me Abdoulaye Wade vergleicht die Skulptur mit der Freiheitsstatue in New York, sie werde Hunderttausende von Touristen anziehen und zu einem Entwicklungspol von afrikanischer Bedeutung werden. Die Medien haben dann herausgefunden, dass der Präsident das geistige Eigentum an der Statue in seinem persönlichen Namen hat registrieren lassen. „Ich bin der Urheber des Monuments und erhalte 35 Prozent der Einkünfte, 65 Prozent fließen dem Staat zu“, replizierte der Präsident die Vorwürfe. Seine persönlichen 35 Prozent will er zudem ausschliesslich zugunsten afrikanischer Kinder einsetzen. Die Europäische Union und andere Entwicklungshilfegeber sind beim Premierminister wegen der privaten Nutzung staatlicher Ressourcen und dem

undurchsichtigen Vorgehen vorstellig geworden. Illegal war die Aktion zwar nicht, doch hätte man sich der Wiedergeburt Afrikas vielversprechendere Umstände gewünscht.

Das Parlament ist viel schlechter informiert über die Programme der Regierung und deren Umsetzung als die internationalen Geldgeber. „Wir erhalten im wesentlichen nur die Grobplanung des Budgets, dessen Entwurf und Jahre später die Abrechnung“, sagt Oumou Sow, Präsidentin der Finanzkommission in der Nationalversammlung. Die Gruppe der Entwicklungshilfeger (Deutschland, Frankreich, Kanada, Niederlande sowie die Europäische Union, die Afrikanische Entwicklungsbank und die Weltbank), welche gemeinsam das Staatsbudget mitfinanzieren, haben sich jedoch weitere Informationen z.B. über die Umsetzung des Budgets ausbedungen. „Wir wollen inskünftig diese Informationen auch erhalten“, fordert die aktive Kommissionspräsidentin. „Ein von der Europäischen Kommission ermöglichter Besuch einer Delegation in Belgien hat uns die Augen geöffnet, wie das Parlament funktionieren sollte.“ Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg, können doch z.B. zahlreiche Abgeordnete weder lesen noch schreiben, geschweige denn ein Staatsbudget im einzelnen beurteilen. Doch konkrete Schritte werden gemacht, z.B. durch Weiterbildung und Besuchen in entlegener Regionen des Landes, um sich vor Ort ein Bild der Nöte der Bevölkerung und die Stärken und Schwächen der Regierungsaktivitäten zu verschaffen.

Manipulierte Zahlen

Die Nahrungsmittelkrise 2007/08 traf Senegal am Lebensnerv: Die Preise für Reis und Mais stiegen rasch und massiv an. Die Regierung verbilligte vorübergehend die Importe, um Aufständen in den Armenvierteln vorzubeugen. Parallel dazu wurde die Energiekrise spürbar, welche von massiv steigenden Kosten der Öleinfuhren ausging. Mittlerweile sind die Preise wieder gesunken, doch die Löcher in der Staatskasse müssen erst noch gestopft werden. Dafür ist der Zeitpunkt alles andere als günstig, hat doch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auch Senegal erfasst. Weniger Touristen, sinkende Exporte, rückläufige Überweisungen von Migranten verlangsamten die Wirtschaft und damit wiederum die Fiskaleinnahmen des Staates.

2008 hatte die Regierung gar die volkswirtschaftlichen Statistiken manipuliert, um das ausgewiesene Defizit zu senken. Das war unerhört: Der Internationale Währungsfonds (IWF) liess einen Sonderbericht zuhanden des Exekutivrates in Washington verfassen, die Entwicklungshilfe-Geber sistierten ihre Zahlungen, bis die Zahlen ungeschminkt auf dem Tisch lagen und sich der Staat zu Sanierungsmassnahmen verpflichtete. Keine andere internationale Institution kann bei der Erfüllung der vereinbarten Auflagen mit so viel Respekt rechnen wie der IWF. So hatte sich Senegal anschliessend verpflichtet, bis am 30. April 2009 die Staatsrechnung 2008 abzuschliessen und zu veröffentlichen, um solche Manipulationen inskünftig zu verunmöglichen. „Nachtarbeit bis zur letzten Sekunde war angesagt. Genau um 23.58 Uhr übermittelte das Finanzministerium dem IWF auf elektronischem Weg das vereinbarte, vom Präsidenten unterzeichnete Dekret“, schildert ein Insider die Geschehnisse. Damit konnte die Regierung den Eindruck vermeiden, sie weiche vom Pfad der Tugend ab und halte ihre Verpflichtungen nicht ein. Denn ohne grünes Licht des IWF frieren viele Geber ihre Unterstützungsmassnahmen ein.

Ein ganzes Massnahmenpaket bis hin zu einer Solidaritätsabgabe der wohlhabenden Senegalesen soll das schlingende Schiff wieder auf Kurs bringen. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und Frankreich haben grosse Überbrückungskredite zur Verfügung gestellt. Doch diese müssen verzinst und zurückbezahlt werden. Das Problem ist somit aufgeschoben, aber noch nicht gelöst. Zudem sind die Kredite mit harten wirtschaftspolitischen Bedingungen und Sparmassnahmen verknüpft. Die laufenden Ausgaben für Gesundheit und Bildung werden seitens des IWF zwar von Kürzungen verschont, doch bei Investitionen wie z.B. dem Schulhausbau gibt es trotzdem Streichkonzerte. Die hohe Arbeitslosigkeit lässt viele junge Senegalesen nach Arbeitsmöglichkeiten im Ausland suchen. Morgens an Werktagen hängen Mensentrauben vor ausländischen Botschaften. Deutschland und Frankreich stehen hoch auf den Wunschlisten, und so suchen sich viele ein Visum zu ergattern. Die Schweiz wird von den Migrierenden als Zielland nicht besonders wahrgenommen. Die Abstimmung mit den Füßen macht deutlich, dass auch Europa ein eminentes Interesse daran hat, dass in Senegal die ganze Bevölkerung in Würde leben kann.

Richard Gerster, Dr. oec., (Richterswil), hat an der Universität St. Gallen Wirtschaftswissenschaften studiert. Er ist seit Jahren entwicklungspolitisch tätig (www.gersterconsulting.ch) und weilte in Senegal im Auftrag der holländischen und senegalesischen Regierung.